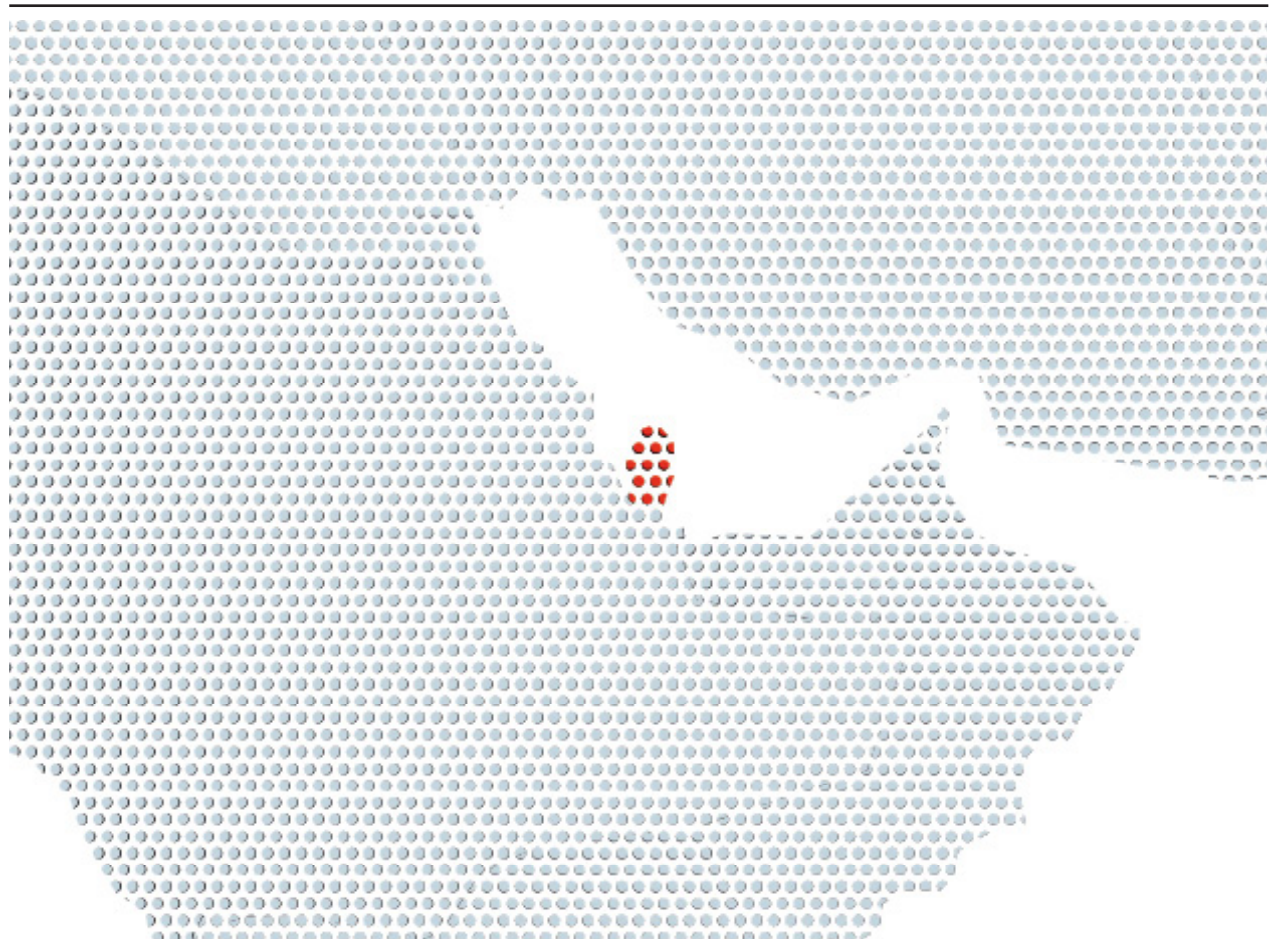


Katar

Informationsdienst

Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern
deutscher Rüstungsexporte



INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	2
------------------------	----------

GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR	2
Deutsche Rüstungsexporte	5
Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für das Empfängerland	8
Militärausgaben	10
Lokale Rüstungsindustrie	11
Streitkräftestruktur	12
Bewaffung der Streitkräfte	14
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	17
Polizei und andere Sicherheitskräfte	17

INFORMATIONEN NACH DEN KRITERIEN DES GEMEINSAMEN STANDPUNKTS	19
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	19
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	20
Innere Lage im Empfängerland	22
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	25
Bedrohung von Alliierten	27
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	28
Unerlaubte Wiederausfuhr	31
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	32

ZUSAMMENFASSUNG

Militärischer Sektor in Katar

Deutschland ist nach den USA der zweitgrößte Waffenlieferant Katars der letzten Jahre. Dies geht maßgeblich auf die Lieferung von Kampfpanzern und Panzerhaubitzen zurück.

Die katarischen Streitkräfte sind traditionell in drei Teilstreitkräfte aufgeteilt und bestehen zum Großteil aus Ausländern. Diese sind oft nicht hinreichend ausgebildet, hingegen genießen die katarischen Angehörigen der Streitkräfte eine sehr gute Ausbildung. Abgesehen von einzelnen Defiziten befinden sich die Streitkräfte insgesamt aber in einem guten Zustand, werden regelmäßig trainiert und sind für ihre Gesamtgröße von 11.800 Mann durchaus schlagkräftig. Ihre Einsatzfähigkeit wird durch veraltetes Material eingeschränkt – während einige Fähigkeitslücken bereits geschlossen wurden, bestehen andere fort. Im katarischen Heer dienen Angehörige dutzender Staaten, wobei es zu Konflikten zwischen verschiedenen Nationalitäten kommt. Ungeachtet der verhältnismäßig wenigen Soldaten ist das Heer in einem guten Zustand. Schwierigkeiten bereiten die unterschiedlichen Waffensysteme. Die Marine, Katars kleinste Teilstreitkraft, verfügt über eine nur geringe Anzahl an Schiffen. Sie setzt ihre Schiffe überwiegend zu Patrouillenfahrten, zur Bekämpfung des Schmuggels in der Region oder zum Schutz der Öl- und Gasplattformen ein. Die Luftwaffe hingegen ist gut ausgerüstet und die Soldaten professionell ausgebildet, da primär auf katarische Offiziere zurückgegriffen wird. Ihre Einsatzbereitschaft demonstrierte die katarische Luftwaffe während des Libyen-Einsatzes 2011, als sie sich an den NATO-Luftschlägen gegen den ehemaligen Herrscher al-Gaddafi beteiligte, sowie 2015, als das Land Bodentruppen in den Jemen schickte.

Insgesamt sind nur etwa 30 Prozent aller Soldaten Einheimische, wobei für die unteren Ränge auch Männer aus Beduinenstämmen rekrutiert werden. Lange Zeit war die Aufstellung einer professionellen Armee kein wesentliches politisches Ziel des Königshauses, da die Sicherheit des Landes vor allem durch die USA garantiert wurde. Folglich ist die Verbindung zwischen den Streitkräften und der Gesellschaft relativ schwach. Der Mangel an katarischen Soldaten führt auch zu Schwierigkeiten hinsichtlich der Waffenlieferungen, da die USA sensible Technologie nicht an andere Staatsangehörige weiterzugeben bereit ist.

Neben den Streitkräften existieren zahlreiche weitere Sicherheitskräfte: Die nationale Polizei ist für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, die Durchsetzung der Gesetze sowie die Verhinderung oder Aufklärung von Straftaten zuständig. Sie untersteht dem Innenministerium ebenso wie die Geheimpolizei (*Mubahathat*), die weitestgehend unabhängig operiert und mit der Aufdeckung aufrührerischen Aktivitäten und Spionage betraut ist. Zudem existiert die *Qatar State Security*, eine Geheimdienstabteilung (ehemals *Mukhabarat*), die der Armeeführung untersteht. Ihre Aufgaben sind die Bekämpfung des Terrorismus, Aufklärung sowie Informationsbeschaffung.

Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts der EU für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern (2008/944/GASP)

Katar ist wichtigen Rüstungskontrollverträgen beigetreten. Angesichts der Diskussionen um die mögliche nukleare Bewaffnung einiger Staaten im Nahen und Mittleren Osten ist die Ratifizierung des Non-Proliferationsvertrages für Nuklearwaffen ein wichtiger Schritt. Katars Politik hinsichtlich des Verbots von Massenvernichtungswaffen ist als aktiv zu bewerten. Zwei wichtige Rüstungskontrollverträge (Abkommen über Streumunition/ATT) hat Katar allerdings weder unterzeichnet noch ratifiziert.

Katar beschneidet zahlreiche bürgerliche und politische Rechte, die Meinungs- und Versammlungsfreiheit ist stark eingeschränkt. Kritische Äußerungen in Bezug auf das Königshaus werden hart bestraft und die Medien, einschließlich der sozialen Plattformen, streng überwacht. Es gibt Fälle von Folter und politische Gefangene sind oftmals der Willkür des Staates ausgesetzt. Hinsichtlich der Frauenrechte sind Fortschritte zu verzeichnen, wie etwa die Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts – dennoch werden Frauen weiterhin im privaten Bereich diskriminiert und gesellschaftlich strukturell benachteiligt. Im Kontext der anstehenden Fußballweltmeisterschaft 2022 ist außerdem die prekäre Lage der Arbeiter auf den Baustellen der Stadien in den Fokus gerückt. Ausländische Arbeitskräfte machen etwa 94 Prozent der Arbeiter in Katar aus.

Katar ist Mitglied des Rates für Zusammenarbeit im Golf (*Gulf Cooperation Council*), die seit 1984 eine gemeinsame Eingreiftruppe (*Peninsula Shield Force*) unterhalten. Das Verhältnis der GCC-Staaten zum Iran ist angespannt. Im Jemen sind Mitglieder des GCC im Rahmen einer von Saudi-Arabien geführten Militärkoalition aktiv. Seit Jahren ist Katars Unterstützung zahlreicher islamistischer Terrorgruppen wie der Taliban, der Al-Shabaab Miliz oder der al-Nusra-Front ein Punkt, der sich belastend auf die internen Beziehungen der GCC-Staaten auswirkt. Die Unterstützung von Terrorgruppen sowie Katars Beziehungen zu Iran sind die beiden Gründe, die Saudi-Arabien, Bahrain, VAE und Ägypten im Juni 2017 anführten, um den Abbruch der Beziehungen zu Katar einzuleiten. Im Hintergrund dieser internen Zerwürfnisse spielen die Rivalität zwischen Saudi-Arabien und Katar sowie die eigenständige Außenpolitik des Emirates eine wesentliche Rolle für die gegenwärtige Krise, die den GCC schwer belastet (Stand: Dezember 2017).

Trat Katar in den zurückliegenden Jahren immer wieder als Finanzier des internationalen Terrorismus in Erscheinung, ist das Land bis heute von Terroranschlägen auf eigenem Territorium verschont geblieben, was auch auf die drakonischen Überwachungsmaßnahmen zurückzuführen ist. Katar ist den wichtigsten internationalen Abkommen zur Bekämpfung des globalen Terrorismus beigetreten, hat jedoch nicht die Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklearterrorismus unterzeichnet.

Der wichtigsten Konvention zur Bekämpfung der transnationalen organisierten Kriminalität ist Katar beigetreten. Angesichts der prekären Lage vieler Gastarbeiter, die teilweise der Sklaverei ähnelt, überrascht es indes nicht, dass Doha das Zusatzprotokoll gegen den Schmuggel von Auswanderern nicht unterzeichnet hat. Die Golfstaaten werden zunehmend zu einem Dreh- und Angelpunkt für den internationalen Drogenhandel.

Katar übermittelt im Rahmen des UN-Waffenregisters keine Angaben zu Exporten und Importen von Rüstungsgütern. Auch für das UN-Instrument zur Berichterstattung über Militärausgaben stellt die Regierung in Doha keine Informationen zur Verfügung.

Katar hat das UN-Protokoll gegen die unerlaubte Herstellung von Feuerwaffen, deren Komponenten und Munition, nicht unterzeichnet. Es sind zwar keine illegalen Ausfuhren aus dem Land direkt bekannt, dennoch häuften sich in den letzten Jahren Fälle, in denen Waffen unter unklaren Umständen außer Landes gebracht wurden.

Wirtschaftlich gesehen gehört Katar mit einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen von etwa 88.000 US-Dollar zu den reichsten Ländern der Welt. Durch die Öl- und Gaseinnahmen verfügt die Regierung über große finanzielle Spielräume. Die Militärausgaben sind im Vergleich zu verschiedenen anderen Ländern der Region moderat.

GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2016 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
1999	Revolver, Pistolen, Jagd- und Sportwaffen: 34,9% Aluminiumprofile: 32,4% Munition für Revolver, Pistolen, Sport- und Jagdwaffen: 25,2%	0,075
2000	Bedienungssoftware für Funknetzwerk-Managementsystem: 75,6% Munition für Revolver, Pistolen und Jagd- und Sportwaffen: 17,9%	0,1
2001	Kreiselkompasssysteme: 83,5%	2,3
2002	Revolver, Pistolen, Scharfschützengewehre, Sport- und Jagdgewehre, inkl. – teile, Waffenzielgeräte: 65,7% Tauchgeräte: 31,1%	0,3
2003	Dekontaminationsausrüstung und ABC-Schutzausrüstung: 51,3% Revolver und Pistolen, inkl. – teile: 24,1% Mess- und Prüfgeräte und Teile für Sekundär-Radarsystem, Kommunikationsausrüstung und Navigationssysteme: 15,7%	0,2
2004	ABC-Schutzausrüstung und Dekontaminationsausrüstung: 55,1% Unterwassertelefone und Teile für Navigationsanlagen: 18,8% Wärmebildausrüstung: 14,8%	8,7
2005	ABC-Schutzausrüstung, Ausrüstung zur Personendekontamination und Detektionsausrüstung: 54,8% Munition für Gewehre, Maschinenpistolen, Kanonen, Granatpistolen und Teile für Haubitzenmunition: 39,6%	9,3
2006	LKW, Feuerlöschfahrzeug, Geländewagen und Teile für Panzer: 65,6% Teile für Kommunikationsausrüstung und Freund-Feind-Kennungs-ausrüstung: 26,0%	1,7
2007	Zielortungsgeräte: 61,2% Splitterschutzanzüge: 12,8% Software für militärisches Nachrichtenwesen: 9,6%	2,6
2008	Führungs- und Informationssystem-Software: 95,4%	5,2
2009	Munition für Gewehre, Nebelwerfer, Pyrotechnische Werfer, Granatpistolen, Jagdflinten, Sportflinten und Teile für Kanonenmunition: 52,1% Ballistische Körperschutzwesten und Teile für Schutzwesten: 29,8%	1,2
2010	Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung und Teile für Head-Up-Displays: 62,1% Zieldarstellungsgeräte: 14,4% Geländewagen mit Sonderschutz: 7,0%	3,9

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
2011	Software für Führungs- und Informationssystem: 55,7% Betankungsgeräte, Bodenstartgeräte und Teile für Hubschrauber: 31,4%	6,1
2012	Hubschraubertriebwerke, Fallschirmsysteme und Teile für Hubschrauber, Fallschirmsysteme: 93,6%	17,5
2013	Zugmaschinen, LKW, Kranwagen, Auflieger, Anhänger, Masten und Teile für Panzer, Panzerhaubitzen, gepanzerte Fahrzeuge, LKW, Landfahrzeuge: 44,4% Flugsimulator, Panzersimulator und Teile für Flugsimulator: 18,4% Feuerleiteinrichtungen, Zielentfernungsmesssysteme und Radargeräte: 14,0% Elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung und Teile für elektronische Ausrüstung, Navigationsausrüstung: 12,2%	673,3
2014	Triebwerke, Anti-G-Hosen und Teile für Trainingsflugzeuge: 79,6% Wartungsgeräte für Panzerabwehrwaffen und Teile für Flugkörper, Panzerabwehrwaffen: 12,4%	15,44
2015	Kampfpanzer, Panzerhaubitzen, gepanzerte Fahrzeuge, LKW, Geländefahrzeuge, Anhänger, Antennenmaste, Geländewagen mit Sonderschutz und Teile für gepanzerte Fahrzeuge: 83,9%	1.662,78
2016	Triebwerke, Anti-G-Hosen, Teile für Kampfflugzeuge, Hubschrauber, Triebwerke: 41,5% LKW und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, LKW: 31,2% Gussstücke und unfertige Erzeugnisse: 10,6%	10,23

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2016, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie <http://www.bmwi.de>

Schaubild 1

Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2016

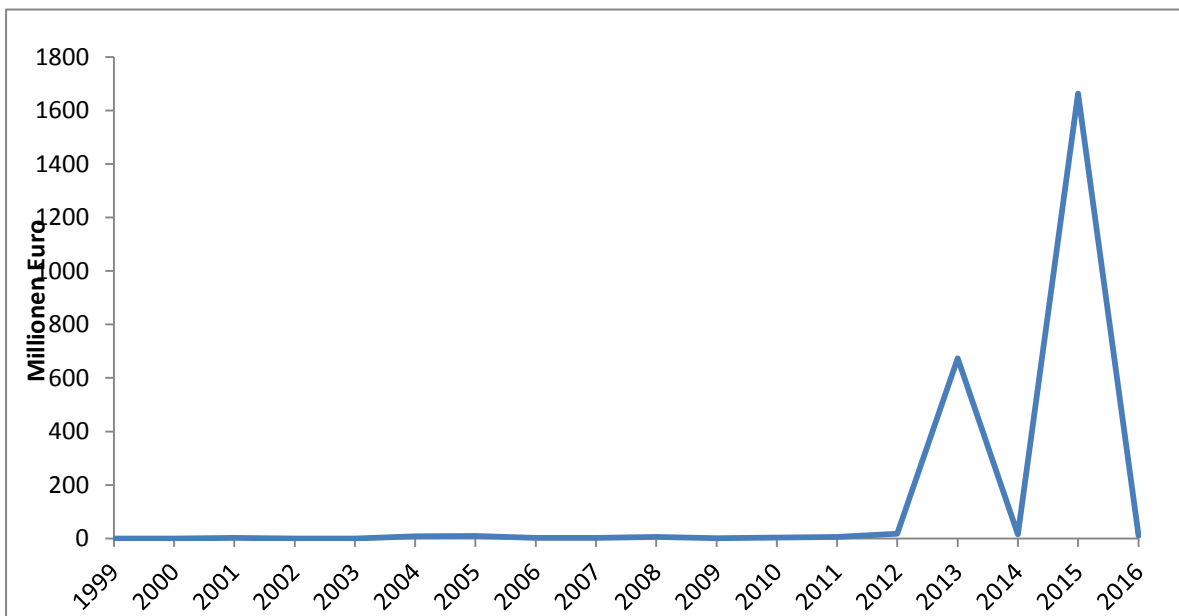


Tabelle 2

Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Katar 2000-2016

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Kommentar
62	Leopard-2A6	Panzer	2013	2015-2016	(44)	Teil eines 1,9 Mrd.-
24	PzH-2000 155mm	Selbstfahrlafette	2013	2015-2016	24	Geschäftes; Lieferung 2015-17
6	Wisent-2	Pionierpanzer / Ber- gepanzert	2013	2016	(3)	
13	Dingo-2	Patrouillen- und Si- cherungsfahrzeug	(2014)			Status unklar
30	Fennek MPC	Allzweckfahrzeug	(2014)			
17	Q-01	Drohnen		2016		89 Millionen Euro (\$100 m) Geschäft

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, http://armstrade.sipri.org/arms_trade/trade_register.php

Kommentar

Lange Jahre bewegten sich deutsche Rüstungsexporte nach Katar auf sehr niedrigem Niveau. Oftmals umfassten die Lieferungen von Rüstungsgütern ABC-Schutzausrüstung, Ersatzteile, Munition oder Software. Seit 2012 sind die deutschen Ausfuhren zunächst langsam, im Jahr 2013 dann deutlich angestiegen. Die Rüstungsausfuhren 2013 sind in einem größeren Kontext rüstungspolitischer Entscheidungen seitens der Bundesregierung zu sehen, in denen Katar zu einem strategisch wichtigen Land in der Golfregion geworden ist. Im Jahr 2013 bestätigte die Bundesregierung die Erteilung einer Ausfuhrgenehmigung für 62 Kampfpanzer (wahrscheinlich Leopard 2A7+), 24 Haubitzen (Typ PzH 2000) sowie sechs Bergfahrzeuge. Gemeinsam mit weiteren Fahrzeugen, Munition und Waffen werden die Waffensysteme planmäßig zwischen 2015 und 2018 ausgeliefert. Das Gesamtvolumen des Geschäfts zwischen Krauss-Maffei Wegmann und Katar, das neben der eigentlichen Lieferung auch die Ausbildung und weitere Dienstleistungen umfasst, beläuft sich auf rund 1,89 Milliarden Euro. Im Jahre 2016 wurde darüber hinaus die Lieferung von 17 deutschen Q-01 Drohnen nach Katar genehmigt. Das Rüstungsgeschäft beläuft sich auf ein Volumen von rund 89 Millionen Euro.

Diese Geschäfte legen nahe, dass Katar einen immer wichtigeren Abnehmer deutscher Waffen darstellt. Die Gründe hierfür mögen vielschichtig sein; aus Sicht der Bundesregierung ist das Golfemirat vor allem ein wichtiger Verbündeter in der Region, der einerseits sicherheitspolitisch relevant und andererseits ein verlässlicher Öl- und Gaslieferant ist. Die katarische Regierung warb zudem mit dem Argument, Waffenlieferungen zum Schutz vor sicherheitspolitischen Bedrohungen durch den Iran zu benötigen.

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Höhe der Exporte von Großwaffensystemen nach Katar 2012-2016, Mio. USD

Jahr	2012	2013	2014	2015	2016	2012-2016
Summe	319	73	55	518	901	1866

*Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr.**Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <http://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>*

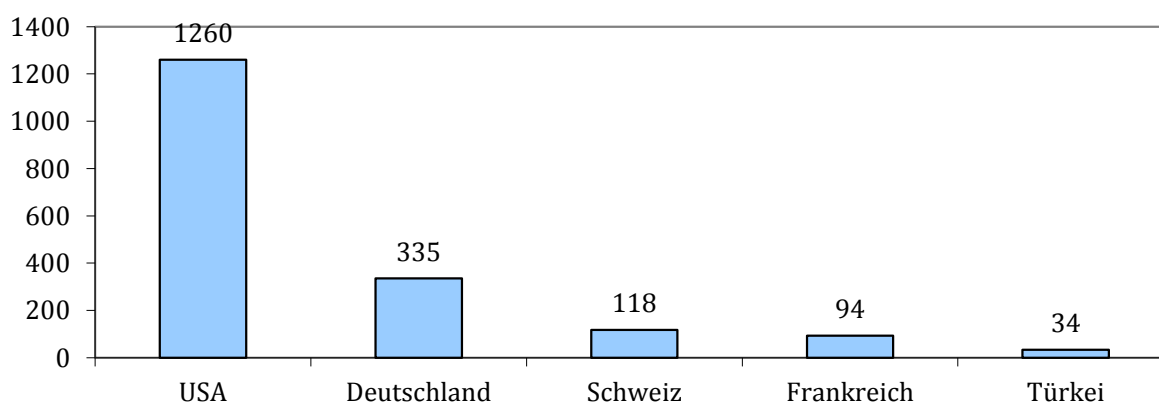
Tabelle 4

Deutsche Exporte von Großwaffensystemen nach Katar 2012-2016, Mio. USD

Jahr	2012	2013	2014	2015	2016	2012-2016
Summe	-	-	-	73	262	335

*Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr.**Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <http://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>*

Schaubild 2

Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2012-2016, Mio. USD*Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr.**Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, http://armstrade.sipri.org/armstrade/html/export_values.php*

Kommentar zu den Waffenkäufen

Laut SIPRI-Datenbank (Stand März 2017) nahm Katar im Zeitraum 2012-2016 den 22. Platz unter den weltweit größten Waffenimporteuren ein. Die Rüstungsimporte sind somit im Vergleich zum Zeitraum 2005-2009 gesunken. In Zukunft dürfte sich dies ändern, da das Land seit 2009 eine umfassende Modernisierungsstrategie der Streitkräfte verfolgt, die weitreichende Beschaffungen vorsieht. Zu den wichtigsten Lieferanten gehören mit großem Abstand die USA, gefolgt von Frankreich und der Schweiz.

Die USA haben in den letzten Jahren eine ganze Reihe unterschiedlicher Waffensysteme an Katar verkauft. Ausgeliefert wurden 2009 und 2011 insgesamt vier C-130J-30 Hercules sowie vier C-17A Globemaster Transportflugzeuge. Im Jahr 2014 haben die USA und Katar zahlreiche Geschäfte vereinbart, die mehrere Milliarden US-Dollar umfassen. Dabei handelt es sich unter anderem um die Lieferung von bis zu 24 Apache Kampfhubschraubern und drei Boeing-737 AEW&C Frühwarn- und Einsatzleitflugzeugen. Zusätzlich wurde der Import von Panzerabwehrlenkwaffen vom Typ Javelin FGM-148 vereinbart. Das gesamte Rüstungsgeschäft hat Berichten zufolge ein Volumen von rund elf Milliarden US-Dollar. Nach langen Verhandlungen gewann die USA die Ausschreibung zur Lieferung neuer Kampfflugzeuge: So wurde im Juni 2017 bekannt gegeben, dass Boeing dem Emirat F-15 Eagle Mehrzweckkampfflugzeuge liefern wird. Im Zuge des Rüstungsdeals über zwölf Milliarden US-Dollar sollen inoffiziellen Angaben zufolge mehr als 36 F-15QA Eagles geliefert werden. Neben wirtschaftlichen Aspekten sind auch politische Überlegungen ausschlaggebend, da das Golfemirat zu einem immer wichtigeren Verbündeten der USA in der Region avanciert ist. Im Dezember 2017 wurde bekannt, dass Katar und die USA ein Abkommen zur Wartung von Katars F-15QA-Kampfflugzeugen abgeschlossen haben. Das Abkommen entspricht einem Wert von 1,1 Mrd. US-Dollar. Ebenfalls beinhaltet ist der Bau von Bunkern und Verteidigungsanlagen.

Frankreich unterhält grundsätzlich gute Beziehungen zum Emirat und lieferte unter anderem zahlreiche Anti-Schiffsraketen vom Typ MM-40-3 Exocet sowie dutzende Mistral Boden-Luft-Raketen. Zusätzlich steht noch die Lieferung von Milan-Panzerwehrraketen aus. 2015 orderte das Emirat 24 Dassault Rafales Kampfflugzeuge bei Frankreich. Anfang 2014 hat Katar zudem 22 NH90 Hubschrauber des europäischen Herstellers Eurocopter im Wert von zwei Milliarden Euro in Paris bestellt. An dem Geschäft dürfte auch die italienische Firma Finmeccanica beteiligt sein, die einen Anteil an Eurocopter hält. Italien hat die Ausfuhr von 16 AW139 Hubschraubern nach Katar im Wert von 260 Millionen Euro genehmigt, die zwischen 2009 und 2012 geliefert wurden. Auf der Rüstungsmesse 2014 im heimischen Doha einigten sich die katarische Regierung und Selex ES, ein Ableger von Finmeccanica, auf den Verkauf eines modernen Kronos Luftüberwachungsradarsystems im Wert von 340 Millionen Euro. Im Juni 2016 unterzeichnete Katar auch einen Vertrag mit der italienischen Werft Fincantieri über 4,5 Milliarden US-Dollar. Der Rüstungsdeal sieht die Lieferung von vier Korvetten, einem amphibisches Kampfschiff und zwei Patrouillenboote vor, mit deren Bau 2018 begonnen wird. Im Dezember 2017 wurde bekannt, dass Katar erneut Verträge zum Kauf von zwölf Dassault-Kampffjets vom Typ Rafale sowie 490 gepanzerte Fahrzeuge des Nexter-Unternehmens mit Frankreich unterzeichnete. Im gleichen Monat wurde ein Großauftrag für das europäische Eurofighter-Industriekonsortium abgeschlossen, von dem Katar 24 Eurofighter Typhoon Kampffjets aus Großbritannien kauft. Diese sollen ab Ende

2022 geliefert werden. Der Auftrag beinhaltet Service- und Trainingsmaßnahmen und entspricht einem Wert von rund 5,7 Mrd. Euro.

Obwohl Katar seit 2009 bestrebt ist, im Rüstungsbereich deutlich stärker mit den USA zusammenzuarbeiten, zeigt unter anderem das Geschäft mit der türkischen Werft Ares, dass es eine Diversifizierung der Beschaffungen keinesfalls ausschließt. Auf einer Rüstungsmesse bestellte Katar 2014 17 Schnellboote dieser Werft. Zusätzlich werden für die Marine in Kooperation mit der niederländischen Damen Werft sechs Off-Shore Patrol Schiffe des Typs Stan Patrol-5009 in der katarischen Nakilat Damen Shipyard gefertigt. 2016 unterzeichnete Katar einen Vertrag über geschätzte 725 Millionen US-Dollar mit dem europäischen Rüstungskonzern MBDA für ein Raketenabwehrsystem zur Küstenverteidigung. In diesem Zusammenhang wird MBDA auch Exocet MM40 Block 3, Marte ER, Aster 30 Block 1 und VL MICA – unterschiedliche Modelle von Seezielflugkörpern - für rund 1,1 Milliarden US-Dollar an die katarische Marine liefern.

Militärausgaben

Tabelle 5

Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP (Mio. USD)

	2012	2013	2014	2015	2016
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	-	-	-	-	-
Anteil am BIP (in Prozent)	-	-	-	-	-
Anteil an Staatsausgaben* (in Prozent)	-	-	-	-	-

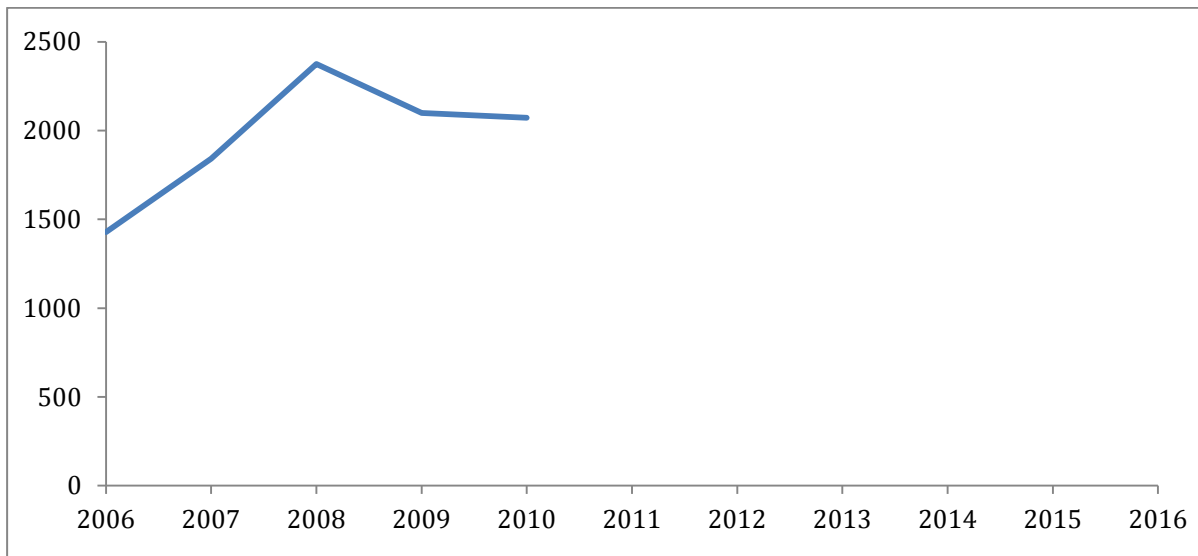
Angaben in konstanten Preisen mit 2016 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

**Daten über den Anteil der Militärausgaben an den Staatsausgaben sind kritisch zu betrachten. Lückenhafte und unzureichende Daten lassen eine genaue Abbildung nur bedingt zu.*

Schaubild 3

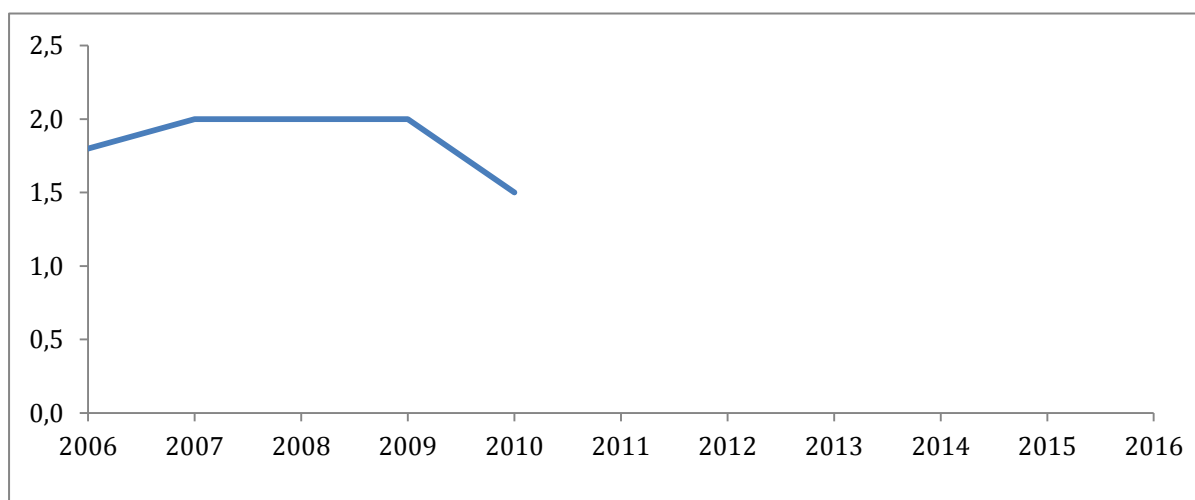
Absolute Militärausgaben, Trend 2006 – 2016 in Mio. USD



Angaben in konstanten Preisen USD mit dem Basisjahr 2016.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4

Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2006 – 2016 (in Prozent)



Angaben in konstanten Preisen mit 2016 als Basisjahr.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

Katar ist weitestgehend von Rüstungsimporten abhängig, da es nur sehr begrenzt über eigene rüstungsindustrielle Produktionskapazitäten verfügt. Insgesamt kann die katarische Rüstungsindustrie derzeit als wenig entwickelt bezeichnet werden. Aufgrund dessen bestehen langfristige und umfangreiche Rüstungsk Kooperationen, insbesondere mit den USA. Dabei umfassen die Beschaffungsvorhaben Kampfpanzer, Artilleriesysteme, Luftabwehr- und Raketenabwehrsysteme, Kampfflugzeuge, Mehrzweckhubschrauber und moderne Radarsysteme. Dies steht in keinem Widerspruch zur Entscheidung des katarischen Königshauses im Jahr 2007, stärker als zuvor eine eigene Rüstungsindustrie zu entwickeln, um inländische Produktionskapazitäten und Wartungsmöglichkeiten aufzubauen. Denn die Industrie ist gemeinsam mit der Politik bestrebt, durch umfangreiche Rüstungsgeschäfte in beträchtlichem Umfang moderne Rüstungstechnologie in das Land zu holen. Der Technologietransfer ist dadurch oft zu einer Grundvoraussetzung für Rüstungsgeschäfte geworden, bei denen ein Teil der Beschaffungen in Co-Produktion im eigenen Land hergestellt wird. Diese Herangehensweise erlaubt einerseits die Modernisierung der Streitkräfte und andererseits auch die Ausbildung einheimischer Arbeitskräfte im Rahmen von Rüstungsgeschäften.

Zur Stärkung der eigenen Industrie hat Katar unter anderem 2012 mit der Türkei ein weitreichendes Kooperationsabkommen geschlossen, das auch die gemeinsame Forschung und Entwicklung neuer Waffensysteme und Rüstungstechnologie vorsieht und 2014 in Kraft getreten ist. So wollen beide Länder künftig enger zusammenarbeiten und gemeinsame Militärübungen durchführen.

Darüber hinaus gibt es Pläne, dass das „Qatar Armed Forces Industry Committee“ bis zu 72 Millionen US-Dollar in den türkischen Landsystemhersteller BMC, der von der Investmentgruppe ES Mali Yatirim aufgekauft wurde, investiert.

Auch mit Indien besteht eine Vereinbarung über eine rüstungsindustrielle Zusammenarbeit. Welche Technologie Indien hier bereitstellen kann ist jedoch unklar. Seit längerem gibt es zudem Überlegungen seitens des katarischen Königshauses in griechische Rüstungsunternehmen zu investieren, falls die Firmen privatisiert werden sollten. Auch am Kauf von Anteilen der europäischen EADS gab sich die „Qatar Investment Authority“ interessiert.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: 4 Monate (18- bis 35-Jährige)

Box 1

Gesamtstärke der Streitkräfte

11.800 aktive Streitkräfte, davon:

Heer: 8.500

Marine: 1.800 (einschließlich Küstenwache)

Luftwaffe: 1.500

Quelle: IISS Military Balance 2017

Tabelle 6

Stärke der Streitkräfte, Trend 2008–2016

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Aktive in 1.000 (IISS)	11,8	11,8	11,8	11,8	11,8	11,8	11,8	11,8	11,8
Soldaten auf 1.000 Einwohner (BICC Berechnungen)	8,4	7,3	6,7	6,3	5,7	5,4	5,4	5,4	5,3

Quellen: IISS Military Balance, 2009-2017, World Bank

Kommentar

Die katarischen Streitkräfte sind traditionell in drei Teilstreitkräfte aufgeteilt. Sie verfügten lange Zeit über alte Waffen aus französischer Produktion, sind jedoch seit einigen Jahren bestrebt, durch umfangreiche Modernisierungsmaßnahmen neue und hochtechnologische Waffensysteme zu beschaffen, um die eigene Schlagkraft zu verbessern. Die katarischen Streitkräfte bestehen zum Großteil aus Ausländern, die in Katar leben. Sie sind jedoch oft nicht hinreichend ausgebildet, während die katarischen Angehörigen der Streitkräfte eine sehr gute Ausbildung genießen. Führungspositionen und Kommandoposten innerhalb der Streitkräfte werden von Mitgliedern der Königsfamilie und loyalen Unterstützern des Königshauses besetzt. Im Jahr 2012 hat das katarische Regime die Wehrpflicht eingeführt, um den Nachwuchsproblemen innerhalb der Streitkräfte entgegenzuwirken. Gleichzeitig hat die Regierung die Gehälter der Soldaten signifikant erhöht, um den Dienst attraktiver zu machen.

Abgesehen von einzelnen Defiziten befinden sich die Streitkräfte insgesamt in einem guten Zustand, werden regelmäßig trainiert und sind für ihre Gesamtgröße von 11.800 Mann durchaus schlagkräftig. Ihre Einsatzfähigkeit wird jedoch teilweise durch veraltetes Material eingeschränkt. Zwar sind bereits einige Fähigkeitslücken geschlossen worden, andere hingegen bestehen weiterhin fort (z. B. bei der Luftabwehr), sodass die Streitkräfte insgesamt bei schnellen Einsätzen mit zahlreichen Herausforderungen konfrontiert wären.

Parallel zu den umfangreichen Beschaffungsmaßnahmen fördert die militärische Führung groß angelegte Ausbildungsmaßnahmen für die mittlere Führungsebene. Trotz der Fortschritte und Verbesserungsmaßnahmen setzt das Regime gleichzeitig zur Gewährleistung seiner Sicherheit und bedingt auch der Einsatzbereitschaft seiner Streitkräfte auf die internationale Zusammenarbeit mit den USA und den anderen Mitgliedsstaaten des Golf-Kooperationsrates.

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	60	
Schützenpanzer	40	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	190	
Aufklärer	44	
Bergepanzer	3	
Artillerie	Mehr als 91	
Panzerabwehr	Ca. 64	

Quelle: IISS Military Balance 2017

Kommentar

Das Heer besteht größtenteils aus Rekruten anderer Ländern, da zu wenige Kataris dem Heer beitreten wollen. Nur etwa 30 Prozent aller Soldaten sind gegenwärtig katarischer Abstammung. Dagegen leisten eine große Anzahl pakistanischer Soldaten und Offiziere Dienst in den katarischen Landstreitkräften – eine Tatsache, die aus einer intensiven sicherheits- und rüstungspolitischen Zusammenarbeit resultiert. Insgesamt dienen Angehörige dutzender Staaten im Heer, wobei es durchaus auch zu Konflikten zwischen verschiedenen Nationalitäten kommt. Ungeachtet der verhältnismäßig wenigen Soldaten ist das Heer in einem guten Zustand. Schwierigkeiten bereiten die unterschiedlichen Waffensysteme. Die Beschaffung deutscher Leopard 2A7+ und Panzerhaubitzen soll die Einsatzbereitschaft des Heeres verbessern. Die Waffensysteme sollen die alten und weitestgehend unbrauchbaren französischen AMX-30 Panzer sowie die Mk F3 Artilleriegeschütze ersetzen.

Das Heer hat ebenfalls den Bedarf für die Beschaffung von bis zu 100 Schützenpanzern angemeldet, wobei der französische Hersteller Nexter in der engeren Auswahl stehen soll. Insgesamt ist der Bedarf an gepanzerten Fahrzeugen sehr groß, so dass in Zukunft von weiteren Beschaffungen für das Heer ausgegangen werden kann.

Tabelle 8

Marine

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Patrouillenboote	11	
Amphibienfahrzeuge	1	Landungsboot <i>Rabha</i> (Kapazität: 3 schwere Panzer, 110 Soldaten)

Quelle: IISS Military Balance 2017

Box 2**Marine Küstenwache**

12 Patrouillenboote

Quelle: IISS Military Balance 2017

Box 3**Marine Küstenschutz**

12 Raketen (MM-40 Exocet AShM)

Quelle: IISS Military Balance 2017

Kommentar

Die Marine Katars ist die kleinste der drei Teilstreitkräfte, ist jedoch seit 1990 deutlich gewachsen. Die Anzahl der Schiffe ist gering. Es handelt sich im Wesentlichen um französische La Combattante III Flugkörperschnellboote (*missile boats*). Zusätzlich besitzt die Marine noch britische Barzan Schnellboote. Der Kampfwert beider Schiffsklassen wurde durch moderne französische Exocet Anti-Schiffs-Raketen erhöht.

Die katarische Marine setzt ihre Schiffe überwiegend zu Patrouillenfahrten, zur Bekämpfung des Schmuggels in der Region oder zum Schutz der Öl- und Gasplattformen ein. Für die Marine sind ebenfalls umfassende Modernisierungsprogramme vorgesehen, die wesentlich aus den gestiegenen Schutzanforderungen für die Öl- und Gasplattformen sowie der aus Sicht Katars zunehmenden Bedrohung durch den Iran resultieren. Dabei handelt es sich wahrscheinlich um größere Schiffe (Fregatten), Minensuchboote, neue Marinehubschrauber, Kapazitäten bei Aufklärung und Radartechnologie. Eine neue Marinebasis in der Nähe der Hauptstadt Doha soll errichtet werden, die ab 2018 einsatzbereit ist. Sie wird dann mit zahlreichen Ankerplätzen zu einer der größten in der gesamten Region gehören.

Tabelle 9
Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Abfangjäger	12	<i>Mirage 2000D/ED</i>
Transportflugzeuge	18	Davon 6 Passagierflugzeuge
Ausbildungsflugzeuge	27	Davon 6 kampffähige Alpha Jets
Transporthubschrauber	4	
Mehrzweckhubschrauber	42	Davon 8 zur Seezielabwehr (ASuW): <i>Commando Mk3</i>
Luftabwehr	Einige	
Raketen	Einige	<i>u.a. Apache; R-550 Magic 2</i>

Quelle: IISS Military Balance 2017

Kommentar

Die Luftwaffe ist gut ausgerüstet und die Soldaten professionell ausgebildet, da primär auf katarische Offiziere zurückgegriffen wird. Ihre Einsatzbereitschaft demonstrierte die katarische Luftwaffe während des Libyen-Einsatzes 2011, als sie sich an den NATO-Luftschielen gegen den ehemaligen Herrscher al-Gaddafi beteiligte. Gegenwärtig verfügt sie größtenteils über französische Kampfflugzeuge des Typs Mirage, die vor rund zehn Jahren umfassend modernisiert wurden. Zusätzlich befinden sich zahlreiche Kampfhubschrauber in den Beständen. In den letzten Jahren mehrten sich Berichte, wonach die Luftwaffenführung die Anschaffung US-amerikanischer F-16 Kampfflugzeuge bevorzugen würde. Zusätzlich soll durch Geschäfte mit den USA die Luftabwehr des Landes gestärkt werden. Während die meisten Piloten über eine gute Ausbildung verfügen, ist die katarische Luftwaffe bei der Instandhaltung, Wartung und logistischen Unterstützungsleistungen weiterhin auf Unterstützung durch Verbündete oder private Unternehmen angewiesen.

Durch die Ausbildung neuer Techniker versucht die Führung diese Fähigkeitslücke zu schließen. Auch die Luftwaffe kooperiert intensiv mit Pakistan. Während im Heer pakistanische Soldaten in Kampfeinheiten dienen, beschränkt sich die Zusammenarbeit in der Luftwaffe auf Ausbildung und Training. Zahlreiche katarische Luftwaffenoffiziere wurden in Pakistan ausgebildet.

Box 4

Peacekeeping

Libanon (UNIFIL): 3 Soldaten

Saudi-Arabien (Operation Restoring Hope): Beteiligt mit 4 Mirage 2000ED Kampffjets

Yemen (Operation Restoring Hope): 1000 Soldaten

Quelle: IISS Military Balance 2017

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Die katarischen Streitkräfte sind verhältnismäßig klein. Während viele Soldaten der unteren Dienstgrade aus schätzungsweise bis zu zwanzig anderen Nationen stammen, sind Offiziers- und Kommandoposten überwiegend mit Mitgliedern der Königsfamilie oder regimetreuen Kataris besetzt. Insgesamt sind nur etwa 30 Prozent aller Soldaten Einheimische, wobei für die unteren Ränge auch aus Beduinenstämmen rekrutiert wird. Lange Zeit war die Aufstellung einer professionellen Armee kein wesentliches politisches Ziel des Königshauses, da die Sicherheit des Landes vor allem durch die USA garantiert wurde, die zahlreiche Stützpunkte in dem Land unterhält. Daher ist die Verbindung zwischen den Streitkräften und der Gesellschaft relativ schwach und beschränkt sich allenfalls auf die höheren Führungsebenen.

Der Mangel an katarischen Militärs führt auch zu Schwierigkeiten hinsichtlich der Waffenlieferungen, da die USA nicht bereit sind, sensible Technologie an andere Staatsangehörige weiterzugeben. Im Gegensatz zur Wehrpflicht in anderen Ländern handelt es sich hierbei jedoch nur um einen viermonatigen verpflichtenden Einsatz aller katarischen Männer zwischen 18 und 35. Teile der Bevölkerung befürworten das neue Wehrpflichtgesetz als Beitrag zur Erziehung junger Männer. Zudem sei es eine Möglichkeit, eine neue Form des Patriotismus zu entwickeln und dem Land zu dienen. Andere Kataris verurteilen das Gesetz als ungerechte Strafe des Staates, die jedoch nicht alle trifft: Studenten, Alleinversorger von Familien oder körperlich weniger taugliche Männer müssen nicht zum Wehrdienst. Einige Frauen wiederum üben harsche Kritik an dem Gesetz, da dies die Ungleichheit zwischen Mann und Frau weiter zementiere. Sie fordern eine Öffnung des Militärs auch für Frauen. Obwohl die militärische Führung Anfang 2014 betonte, dass eine Ausweitung der Wehrpflicht auf Frauen durchaus möglich sei, ist dies in der Praxis noch nicht umgesetzt.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit

Es liegen keine Angaben vor.

Quelle: IMF Government Finance Statistics Yearbook 2015

Neben den Streitkräften existieren noch zahlreiche weitere Sicherheitskräfte. Die nationale Polizei, die dem Innenministerium untersteht, umfasst etwa 8.000 Mann. Zu ihren Aufgaben gehören insbesondere die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und die Durchsetzung der Gesetze sowie die Verhinderung oder Aufklärung von Straftaten. Vor dem Hintergrund einer steigenden Kriminalitätsrate hat das Königshaus im Sommer 2014 eine neue Polizeiakademie eröffnet. Wie auch beim Militär soll die Polizei personell besser ausgestattet werden, um die nationale Sicherheit zu verbessern. Ebenfalls unter der Kontrolle des Innenministeriums steht die Geheimpolizei (*Mubahathat*), die weitestgehend unabhängig operiert und mit aufrührerischen Aktivitäten und Spionage betraut ist.

Darüber hinaus existiert eine Geheimdienstabteilung (ehemals *Mukhabarat*), die der Armeeführung untersteht. Diese sogenannte „Qatar State Security“ ist 2004 aus dem Zusammenschluss des „General Intelligence Service (*Mukhabarat*)“ und der „Investigation and State Security Service (*Mubahith*)“ hervorgegangen. Ihre Aufgaben sind die Bekämpfung des Terrorismus, Aufklärung sowie Informationsbeschaffung. Dazu wird regelmäßig und teilweise flächendeckend die Kommunikation von Verdächtigen überwacht.

Wie auch bei den Streitkräften stammt der Großteil der Sicherheitskräfte ursprünglich aus anderen arabischen Ländern. Lediglich Offiziere und Mitglieder der „Internal Security Force“ (ISF) sind Kataris. Aufgrund dieser Strukturen entstehen nicht selten Kommunikations- und Führungsschwierigkeiten.

Informationen nach den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Äußerer Weltraumvertrag von 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Teilweise beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT) 2014	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kommentar

Katar ist einigen wichtigen Rüstungskontrollverträgen beigetreten. Angesichts der Diskussionen um die mögliche nukleare Bewaffnung einiger Staaten im Nahen und Mittleren Osten ist die Ratifizierung des Non-Proliferationsvertrages für Nuklearwaffen ein wichtiger Schritt. Insgesamt verfolgt Katar bei dem Verbot von Massenvernichtungswaffen eine sehr aktive Politik und ist bemüht, diese Waffen im Nahen und Mittleren Osten zu verbieten. Dazu hat die Regierung vor rund zehn Jahren das „National Committee for the Prohibition of Weapons“ (NCPW) eingerichtet, das die Regierung in allen Bereichen der Rüstungskontrolle beraten soll.

Dagegen hat Katar zwei wichtige Rüstungskontrollverträge der jüngsten Zeit weder unterzeichnet noch ratifiziert. Zwar nimmt das Land regelmäßig an den Treffen im Rahmen des Abkommens über Streumunition teil, ein Signatarstaat des Übereinkommens ist es jedoch nicht. Katar besitzt nach Angaben des Verteidigungsministeriums Streumunition, es ist allerdings davon auszugehen, dass das Land diese Munition nicht

selbst produziert. Berichten zufolge hat Katar sie auch nicht exportiert. Die Regierung hat jedoch bestätigt, dass Streumunition in Trainingsmissionen zum Einsatz gekommen ist. Ungeachtet dessen hat Katar den Einsatz von Streumunition durch Syrien scharf verurteilt und für eine Resolution der UN-Versammlung zur Verurteilung des Einsatzes durch die syrische Führung gestimmt.

Zum anderen hat Katar sich bei der Abstimmung über den weltweiten Waffenhandelsvertrag (ATT) bei den Vereinten Nationen der Stimme enthalten. Zwar lehnt das Königshaus den ATT nicht grundsätzlich ab – Überlegungen, den Vertrag zu unterzeichnen gibt es derzeit aber keine.

Gegen Katar sind weder Sanktionen der EU noch der Vereinten Nationen verhängt.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Box 5

Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis für 2016

Qatar is a constitutional monarchy in which Emir Sheikh Tamim bin Hamad Al Thani exercises full executive power. The constitution provides for hereditary rule by men in the emir's branch of the Al Thani family, which has ruled since 1868. The most recent elections were in 2015 for the Central Municipal Council, an advisory and consultative body; observers considered them free and fair. Civilian authorities maintained effective control over security forces. The principal human rights problems were the inability of citizens to choose their government in free and fair periodic elections, restriction of fundamental civil liberties, and denial of the rights of foreign workers. The monarch-appointed government prohibited organized political parties and restricted civil liberties, including freedoms of speech, press, and assembly and access to a fair trial for persons held under the Protection of Society Law and the Combating Terrorism Law. Other continuing human rights concerns included restrictions on the freedoms of religion and movement, since migrant workers could not freely travel abroad. Legal, institutional, and cultural discrimination against women limited their participation in society. Trafficking in persons, primarily in the domestic worker and labor sectors, was a continuing problem. The noncitizen "bidoon" (stateless persons) who resided in the country with unresolved legal status experienced social discrimination. The government took limited steps to prosecute those who committed abuses.

*Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2016
<https://www.state.gov/j/drl/rls/hrrpt/humanrightsreport/index.htm#wrapper>*

Box 6

Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2016/2017

The authorities unduly restricted the rights to freedom of expression, association and peaceful assembly. One prisoner of conscience was pardoned and released. Migrant workers faced exploitation and abuse. Discrimination against women remained entrenched in both law and practice. The courts imposed death sentences; no executions were reported.

*Quelle: Amnesty International Report 2016/2017
<https://www.amnesty.org/en/countries/middle-east-and-north-africa/qatar/report-qatar/>*

Box 7

Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2017

Bewertung für Katar auf einer Skala von 1 für völlig frei bis 7 für völlig unfrei:

Bürgerliche Rechte: 5

Politische Rechte: 6

Gesamtbewertung: Nicht frei

Die Bewertung des Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Experten, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 8**Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2017**

Qatar's hereditary emir holds all executive and legislative authority, and ultimately controls the judiciary as well. Political parties are not permitted, and the only elections are for an advisory municipal council. While Qatari citizens are among the wealthiest in the world, more than four-fifths of the population are expatriates with no political rights, few civil liberties, and limited access to economic opportunity.

Quelle: <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2017/qatar>

Kommentar

Katar ist eine Monarchie, die zahlreiche bürgerliche und politische Rechte beschneidet. So ist es den Bürgern nicht gestattet, politische Parteien oder ähnliche Organisationen zu gründen. Darüber hinaus sind die Meinungs- und Versammlungsfreiheit stark eingeschränkt. Kritische Äußerungen in Bezug auf das Königshaus werden hart bestraft und die Medien, einschließlich der sozialen Medien, streng überwacht. Zahlreiche Personen – insbesondere Personen, die keinen katarischen Pass vorweisen können – verfügen über eine nur sehr begrenzte Bewegungsfreiheit.

Zwar gibt es zahlreiche Fortschritte hinsichtlich der Rechte der Frauen zu verzeichnen, wie etwa die Einführung des passiven und aktiven Wahlrechts als erstes Land am Golf. Dennoch werden Frauen weiterhin besonders im privaten Bereich diskriminiert. Es existieren Gesetze, die gewaltsame Übergriffe gegenüber Frauen verhindern sollen, Vergewaltigungen innerhalb einer Ehe beispielsweise gelten jedoch weiterhin nicht als Straftat. Insbesondere die Polizei weigert sich, derartige Übergriffe sowie weitere Gewaltvorkommen innerhalb der Familie strafrechtlich zu verfolgen. Insgesamt werden Frauen weiterhin strukturell benachteiligt: Ein Beispiel hierfür ist, dass es Frauen nur mit Zustimmung des Ehemanns gestattet ist zu reisen.

Es gibt Fälle von Folter und insbesondere politische Gefangene sind der Willkür des Staates ausgesetzt. Die Formulierungen in neueren Gesetzestexten zur Ahndung von Foltterwürfen sind weiterhin sehr vage. Vielfach wird Inhaftierten auch der Zugang zu medizinischer Versorgung und rechtlichem Beistand verwehrt. Berichten zufolge werden Gefangene zum Stillschweigen hinsichtlich ihrer Haftzeit gezwungen, anderenfalls droht die öffentliche Denunzierung als *Terrorist*.

Im Kontext der anstehenden Fußballweltmeisterschaft 2022 ist die prekäre Lage der Arbeiter auf den Baustellen der Stadien in den Fokus gerückt. Ausländische Arbeitskräfte machen etwa 94 Prozent der Arbeiter in Katar aus. Ihre Rechte werden massiv beschnitten, Ausbeutung ist der Regelfall. Berichte sprechen teils von Zwangsarbeit und Menschenhandel. Obwohl es Arbeitgebern qua Gesetz nicht erlaubt ist, die Pässe der Arbeiter einzubeziehen, ist dies die weitverbreitete Praxis, die die Bewegungsfreiheit der Menschen einschränkt. Die katarische Regierung willigte ein, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Gastarbeiter zu verbessern und Standards zu etablieren – bisher mangelt es jedoch an der Durchsetzung bereits existierender Arbeitsschutzbestimmungen.

Innere Lage im Empfängerland

Box 9

Politisches System; Auszug aus dem Länderbericht des Auswärtigen Amtes (Juni 2017)

Katar ist eine Erbmonarchie. Ende Juni 2013 kam es zur Machtübergabe des langjährigen Emirs, Scheich Hamad bin Khalifa Al Thani, der seit 1995 regierte, an seinen 33 Jahre alten Sohn, Kronprinz Tamim. Dieser führt bisher den vorsichtigen Modernisierungskurs seines Vaters weiter. Der aus dem Amt geschiedene Vater des neuen Emirs ist unter seinem neuen Titel "Emir Vater" weiterhin politisch aktiv. Zu seiner Amtszeit hatte er vorsichtige Schritte zur stärkeren Beteiligung der Bürger unternommen: so z.B. die Wahlen zur Industrie- und Handelskammer und die Wahlen zum Gemeinderat, die zuletzt im Mai 2015 stattfanden; aktives und passives Wahlrecht besteht auch für Frauen. Allerdings bewegt sich diese Politik im Rahmen einer äußerst konservativ-islamisch geprägten Gesellschaft, welche eine starke Modernisierung ablehnt. Ein allgemeines Wahlrecht zur beratenden Versammlung besteht weiterhin nicht. 2005 trat eine neue Verfassung in Kraft. Sie war von einem Ausschuss, den der damalige Emir Hamad eingesetzt hatte, ausgearbeitet und in einem Referendum bestätigt worden. Die Verfassung sieht eine Beratende Versammlung (Shura) vor, deren Mitglieder zu zwei Dritteln gewählt und zu einem Drittel vom Emir ernannt werden sollen. Bisher sind alle Mitglieder dieses Gremiums ernannt. Die Beratende Versammlung kann Gesetzesentwürfe beschließen, über den Staatshaushalt abstimmen, die Regierung überwachen und Minister befragen. Landesweite Wahlen wurden erstmals für die zweite Jahreshälfte 2013 angekündigt – nach dem Führungswechsel an der Staatsspitze im Juni 2013 allerdings verschoben. In Katar sind Parteien und Gewerkschaften verboten. Die in größeren Betrieben gebildeten Arbeiterräte haben lediglich streitschlichtende Funktion. Die Pressezensur ist abgeschafft, katarische Medien üben jedoch starke Selbstzensur. Das Presserecht gibt den staatlichen Institutionen einen weiten Ermessensspielraum im Umgang mit den Medien. Importierte Presseerzeugnisse werden weiterhin zensuriert. Dies gilt auch für die seit 1993 zugelassenen ausländischen kommerziellen Kabelfernsehprogramme. Der Islam hat als Staatsreligion starken Einfluss auf die katarische Innenpolitik und prägt das gesellschaftliche Leben. Christliche Gemeinden sind zugelassen. Seit 2008 wurde ein umfangreicher Kirchen- und Gemeindekomplex für die großen ausländischen christlichen Gemeinschaften (rund eine halbe Million Christen verschiedener Nationalitäten und Denominationen) eröffnet.

Quelle: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/katar-node/-/202668>

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2016)

Im Jahresbericht 2016 von Transparency International, für den in 176 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten und Politikern durchgeführt wurden, liegt Katar auf Platz 31 (2015: Platz 22), zusammen mit dem Taiwan, Slowenien und Barbados. Deutschland liegt auf Platz 10.

Quelle: http://www.transparency.org/news/feature/corruption_perceptions_index_2016

Spannungen und innere Konflikte

In Katar gibt es keine nennenswerten internen gewaltsamen Konflikte. Ein erhebliches gesellschaftliches Problem ist jedoch die massive Ausbeutung der rund zwei Millionen ausländischen Arbeitskräfte im Land. Dazu trägt u.a. das *Kafala*-System bei, das die Arbeiter einheimischen Bürgern unterstellt, die dann beispielsweise über Arbeitsplatzwechsel der Arbeiter oder ihren Aufenthalt bestimmen können, wobei die Abnahme von Pässen der Arbeiter ein weitverbreitetes Problem darstellt. Dazu ist die absolute Armut, in der viele Arbeiter leben, eine potenzielle Quelle für Unruhe. Die Unzufriedenheit der Beschäftigten führt zu stärkerem Widerstand gegen die Wirtschaftselite und dem Einsatz für mehr Rechte. Aufgrund der gewachsenen Aufmerksamkeit im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft 2022 finden diese Missstände auch international Beachtung. Inzwischen lenkt Katars Regierung ein: Im Oktober 2017 gab sie Ausblick auf die Einführung eines Rechtsschutzes sowie einen Mindestlohn für Arbeiter, der bereits ab November 2017 ausgezahlt werden soll. Über diese Aufmerksamkeit für die Missstände von ausländischen Arbeitern im Land hinaus erregte die Ausrichtung der Fußballweltmeisterschaft zudem Aufsehen aufgrund des FIFA-Korruptionsskandales, in dem hohe Bestechungssummen bei der WM-Vergabe an Katar eine Rolle gespielt haben sollen.

Grundsätzlich steht die Monarchie Katars für eine stabile politische Entwicklung, die allerdings mit der Einschränkung grundlegender politischer und bürgerlicher Rechte einhergeht. Katar hat in den letzten Jahren innerhalb des Global Peace Index stets einen der vorderen Ränge bekleidet und gilt als stabiler Staat mit einer multikulturellen Gesellschaft. Trotz positiver politischer Veränderungen in den letzten zwanzig Jahren durch die Einführung von Wahlen für Gemeindeverwaltungen (1999) oder einer neuen Verfassung (2003) hat der Reichtum, an dem Teile der katarischen Bevölkerung partizipieren, zu einer starken politischen Apathie geführt. Dies dürfte einer der Gründe sein, warum politische Beteiligung und Engagement wenig ausgeprägt sind. Vor allem aber stoßen Bestrebungen der Bevölkerung nach mehr Demokratie dann auf drakonische Strafmaßnahmen, wenn sie die Existenz der Monarchie in Frage stellen. Motor für die Reformen der letzten Jahre war deshalb nicht innenpolitischer Druck, sondern das Königshaus. Die Gründung politischer Parteien bleibt weiterhin verboten.

Die islamische Scharia ist eine der wichtigsten Gesetze in dem Land. Daneben existieren weitere bürgerliche Gesetze. Die Herrschaft der Königsfamilie, eine der letzten absoluten Monarchien in der Welt, basiert auf einem sehr ausgefeilten Patronagenetzwerk, das sich über direkte finanzielle Bezüge die Loyalität und Staatstreue bestimmter zentraler Akteure und Gruppen sichert. Bislang haben es die Emire zudem verstanden, eine Balance zwischen der Vision eines modernen Katars einerseits und konservativer Traditionsverbundenheit andererseits zu finden, um so Konflikte innerhalb der Bevölkerung zu vermeiden. Dennoch deuten jüngste Entwicklungen darauf hin, dass Emir Tamin bin Hamad Al Thani, der 2013 die Macht von seinem Vater übernommen hat, durchaus Sorgen vor internen Unruhen hat, denen er etwa versucht durch die Stärkung des Innenministeriums und die Einführung einer Wehrpflicht zu begegnen.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Katar liegt auf der arabischen Halbinsel und verfügt über eine Fläche von 11.586 Quadratkilometer. Das Emirat ist somit eines der kleinsten Länder der Welt. Es grenzt im Süden über 60 km an Saudi Arabien und ist darüber hinaus mit einer 563 km langen Küstenlinie vom Persischen Golf umgeben. Dort liegen die größten Gasvorkommen der Welt, die eine der wichtigsten Einnahmenquellen des Staates darstellen.

Politische Situation in der Region

Katar ist Mitglied des Rates für Zusammenarbeit im Golf (*Gulf Cooperation Council*), der 1981 nach der iranischen Revolution vorrangig zur Verbesserung der militärischen Kooperation zwischen den arabischen Staaten am Arabischen Golf gegründet wurde. Seit 1984 unterhalten die Staaten des GCC eine gemeinsame Eingreiftruppe (*Peninsula Shield Force*), die lange Zeit 10.000 Mann umfasste und in Saudi-Arabien stationiert war. Der wichtigste Stützpunkt befindet sich nach wie vor in Saudi-Arabien, die Truppe ist auf 40.000 Mann angewachsen. Seit Jahren gibt es Überlegungen sie weiter zu stärken. Bis heute bleibt das Verhältnis der GCC-Staaten zum Iran gespannt und jüngst hat der Konflikt im Jemen, in den auch Mitglieder des GCC eingriffen, eine erneute Diskussion über die Aufstockung der Truppe auf bis zu 100.000 Mann entfacht. Dem steht jedoch die mangelnde Interoperabilität zwischen den beteiligten Streitkräften entgegen. Die Gründe hierfür sind politische Rivalitäten zwischen den GCC-Staaten, besonders zwischen Saudi-Arabien und Katar, aber auch die mangelnde Bereitschaft, Kontrolle an ein zwischenstaatliches Organ wie den GCC abzugeben. Hinzu kommen eigenständige, nicht abgesprochene Waffenbeschaffungsprogramme sowie unterschiedliche militärische Strukturen und Verfahren der einzelnen Golfstaaten. Gemeinsame Logistik und Infrastruktur existieren nur in Ansätzen (z. B. ein gemeinsames Radarwarnsystem), gemeinsame Übungen sind hingegen selten.

Katar war lange Zeit darauf bedacht, die Beziehungen zu den Nachbarländern und den Mitgliedsstaaten des GCC zu verbessern; in jüngster Zeit sind allerdings die Beziehungen, insbesondere zu Saudi-Arabien, erheblich angespannt. Anlass für Unstimmigkeiten in den letzten Jahren boten beispielsweise der katarische Fernsehsender al-Jazeera und Katars Außenpolitik, die unter anderem von Saudi-Arabien als Unterstützungsinstrumente für die Muslimbruderschaften im Mittleren Osten gesehen werden. Diese wiederum werden vor allem durch den saudisch-wahabitischen Klerus als Bedrohung wahrgenommen. Bereits 2014 zog Saudi-Arabien deshalb seinen Botschafter aus Doha mit dem Verweis auf Katars Unterstützung für Islamisten ab. Katars Außenpolitik zeigte in den letzten Jahren eine eindeutige Unterstützung für zahlreiche islamistische Gruppen, sowohl politischer Parteien in Tunesien und Ägypten, als auch Terrorgruppen wie der Taliban, der al-Shabaab Milizen oder der al-Nusra-Front in Syrien. Aufgrund einiger dieser Unterstützungsmaßnahmen verschlechterten sich Katars Beziehungen nicht nur zu den GCC-Staaten, sondern auch zu Ägypten dramatisch. Im Juni 2017 kam es schließlich zum Eklat, als Saudi-Arabien, Ägypten, Bahrain und die VAE die Beziehungen zu Katar abbrachen. Der Abbruch der Beziehungen beinhaltete u.a. die Sperre des Luftraumes und die phasenweise Grenzschießung durch Saudi-Arabien. Katar ist größ-

tenteils von Importen abhängig, weshalb diese Maßnahmen das Land unter Druck setzen. Als Grund hierfür wurden die Terrorismusförderung in Bahrain und im Osten Saudi-Arabiens sowie der vermeintliche Kollaborationskurs Katars gegenüber Iran genannt. Katar verfolgt vergleichsweise gute Beziehungen zum Iran, die auf sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Erwägungen gründen. Katar ist geographisch nah an Iran gelegen und teilt mit diesem beispielsweise das weltweit größte Erdgasfeld, an dem Katar zwei Drittel (*North Dome*) und Iran ein Drittel (*South Pars*) hält. Beide Länder gehen Kooperationen ein, wie beispielsweise im Jahr 2010, als Katar und Iran ein Abkommen über den gemeinsamen Kampf gegen Terrorismus und den Ausbau der Sicherheitszusammenarbeit unterzeichneten. Wie die abweichenden Positionierungen im Syrienkrieg zeigen, bleiben die Beziehungen zwischen beiden Staaten dennoch nicht unproblematisch. In dem Abbruch der Beziehungen zu Katar seitens einiger GCC-Staaten ist deshalb tatsächlich eher der Machtanspruch Saudi-Arabiens sowie der Versuch, Katar zu disziplinieren, zu vermuten. Katars Emir Tamim bin Hamid al Thani hatte zuvor zum einen Unmut geäußert über die antiiranische Rhetorik des saudischen Königshauses; zum anderen gratulierte er Irans Präsidenten Hassan Rouhani zu dessen Wiederwahl. Beide Schritte wertete Saudi-Arabien als Affront. Ausschlaggebend ist dabei auch, dass Katar seit einigen Jahren eine eigenständige Außenpolitik verfolgt, die darauf ausgerichtet ist, gute Beziehungen zu zahlreichen Akteuren der Region auszubauen und miteinander zu vereinbaren, so unter anderem zu Iran, Israel, der Hisbollah, Hamas oder den Muslimbrüderschaften. Mit dieser Strategie der Kooperation zielt Katar darauf, sich als unersetzbarer Partner zu etablieren und Sicherheitsgefahren abzuwehren. Die Bemühungen Katars um eine ausgleichende Politik stehen auch im Zusammenhang mit der Rolle als regionaler Mediator, die Katar seit Jahren auszubauen. So bietet der Einfluss Katars auf islamistische Gruppen auch eine Möglichkeit, diese zu Verhandlungen zu bewegen. Als Erfolge der Mediatorenrolle galten etwa im Jahr 2014 die Freilassung von 13 Nonnen in Syrien, die syrische Rebellen gefangen genommen hatten oder die Freilassungsvereinbarung mit den Taliban um den US-Soldaten Bowe Bergdahl. Katars Bemühungen zur Deeskalation des Krieges im Gazastreifen wurden hingegen z. B. von Saudi-Arabien und Ägypten torpediert, die ihre eigene Rolle als Regionalmächte in Gefahr sahen. Während der Umbrüche in der arabischen Region 2011, als auch in Bahrain Menschen für mehr Demokratie und grundlegende Rechte kämpften, unterstützte Katar eine militärische Intervention des GCC unter der Führung von Saudi-Arabien. Der Aufstand in Bahrain wurde niedergeschlagen und die unmittelbare Gefahr eines Regimesturzes dadurch abgewendet. Die tiefliegenden Konfliktursachen und die Unzufriedenheit in breiten Teilen der Gesellschaft mit dem bahrainischen Regime bestehen hingegen weiter fort. Der Protest findet Ausdruck in friedlichen Demonstrationen, aber auch Bombenanschlägen gegen Sicherheitskräfte. Die Wahlen im November 2014 konnten nur bedingt zu einer Beruhigung der Lage beitragen. Seit 2004 besteht im Jemen ein Konflikt zwischen der Zentralregierung und den Huthi-Rebellen im Norden des Landes. Die Regierung beschuldigt die Rebellen, ihren Sturz zu verfolgen. Die Aufständischen hingegen begründen ihren Kampf mit der Unterdrückung und Diskriminierung ihrer Bewegung durch die Regierung. Im Jahr 2009 eskalierte der Konflikt, als die Regierung einen massiven Militärschlag gegen die Rebellen im nördlichen Provinz Sa'ada durchführte, der tausende Menschen in die Flucht trieb. Im Januar 2015 kam es zu einem Putschversuch der Rebellen und zu schweren Kämpfen in der Hauptstadt Sana'a. Nach dem Rücktritt des Präsi-

denten und seiner Regierung Ende Januar 2015 verkündeten die Huthi eine Übergangsverfassung. Im März 2015 griff die saudische Regierung in den Konflikt ein und bombardierte mit Luftangriffen Rebellenstützpunkte. Zusätzlich verlegte die Regierung zehntausende Soldaten an die Grenze des Jemens. Katar ist dort seither im Rahmen der von Saudi-Arabien angeführten Militärkoalition aktiv gewesen, wurde im Anschluss an den Abbruch der Beziehungen mit Saudi-Arabien, Bahrain, VAE und Ägypten allerdings aus der Militärallianz verwiesen.

Grenzkonflikte

Noch bis vor einigen Jahren bestanden mehrere Grenzstreitigkeiten Katars mit Saudi-Arabien und Bahrain. Mit beiden Staaten konnte die katarische Regierung in den 1990er Jahren und zuletzt 2001 einvernehmliche Lösungen über die Grenzverläufe finden. Die Territorialstreitigkeiten mit Bahrain um mehrere kleinere Inseln bzw. Gebiete konnten durch einen Richterspruch des Internationalen Gerichtshof 2001 gelöst werden, der von beiden Seiten anerkannt wurde.

Regionale Rüstungskontrolle

In den vergangenen Jahrzehnten gab es zahlreiche Versuche, regionale Rüstungskontrollmechanismen im Nahen und Mittleren Osten zu etablieren. Sie sind jedoch immer wieder an den zahlreichen Konflikten in der Region, zuvorderst dem arabisch-israelischen Konflikt, gescheitert. Die Abwesenheit von Frieden in der Region ist für viele Staaten eines der wesentlichen Hindernisse, in Beratungen über regionale Rüstungskontrollen und Verhandlungen über eine Massenvernichtungswaffenfreie Zone im Nahen und Mittleren Osten einzusteigen. Die Etablierung einer solchen Zone wird seit Jahrzehnten besonders von den USA gefordert und gefördert. Bis heute konnten sich die Staaten des Nahen und Mittleren Ostens jedoch nicht auf regionale Rüstungskontrollabkommen zur Regulierung von Massenvernichtungswaffen und konventionellen Waffen einigen. So scheiterte auch der Auftrag an UN-Generalsekretär Ban Ki Moon, spätestens bis zum 1. März 2016 eine Konferenz über eine massenvernichtungswaffenfreie Zone im Nahen und Mittleren Osten einzuberufen, der der Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag im Mai 2015 in New York vorlag. Dort lehnten die offiziellen Atomwaffenstaaten USA und Großbritannien sowie Deutschland und einige weitere Länder Verhandlungen über eine massenvernichtungswaffenfreie Zone im Nahen und Mittleren Osten ab, solange sich Israel als einziger Atomwaffenstaat der Region gegen derartige Verhandlungen ausspricht.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

In Katar sind bis zu 8.000 US-Soldaten unter dem Zentralkommando (CENTCOM) stationiert. Den überwiegenden Anteil stellt dabei die US-Luftwaffe. Der wichtigste Stützpunkt ist die Al Udeid Air Base westlich von der Hauptstadt Doha, die neben den katari-schen und US-Streitkräften auch von britischen und australischen Einheiten genutzt wird. Großbritannien nutzt den Stützpunkt seit 2014 als Hauptquartier für die Luftschläge gegen den Islamischen Staat im Irak.

Gefahr von Technologiepiraterie

Laut einer Studie der Business Software Alliance (BSA) betrug die Piraterie-Rate von Software in Katar 49 Prozent im Jahre 2015, im vorherigen Erhebungsjahr 2013 waren es 48 Prozent. Im Vergleich zu anderen Staaten des Mittleren Ostens weist Katar eine eher niedrige Rate auf. Der aus der Piraterie entstandene wirtschaftliche Schaden belief sich nach BSA-Angaben im Jahr 2015 auf geschätzte 72 Millionen US-Dollar und ist damit gegenüber 2013 (77 Mio. US-Dollar) – sowie allen vorherigen Erhebungsjahren – erstmalig wieder gesunken.

Quelle: Business Software Alliance (BSA), Global Software Piracy Study 2016

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Box 10

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft laut der Zusammenfassung des Auswärtigen Amtes (Juni 2017)

Katar verfolgt eine unabhängige und selbstbewusste Außenpolitik. Erklärtes Ziel ist es, äußere Souveränität und innere Stabilität des Landes zu gewährleisten sowie den katarischen Einfluss v.a. in der arabischen Welt auszubauen. Für die äußere Sicherheit Katars sind bilaterale Vereinbarungen mit den USA wesentlich. Katar ist am 16. November 1971, bereits zwei Wochen nach Erklärung der Unabhängigkeit, den Vereinten Nationen beigetreten und gehört mittlerweile zahlreichen internationalen und regionalen Organisationen an. 2006/07 war Katar für zwei Jahre nicht-ständiges Mitglied im VN-Sicherheitsrat und von 2007 bis 2013 Mitglied im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen. Gute Beziehungen zu den Nachbarstaaten des Golfkooperationsrates (GKR), insbesondere Saudi-Arabien, sind für Katar von großer Bedeutung. Inhaltliche Differenzen mit Teilen des GKR sorgen jedoch immer wieder für Spannungen. Zuletzt haben Saudi-Arabien, die VAE, Bahrain, Ägypten sowie weitere verbündete Staaten am 5. Juni 2017 ihre diplomatischen Beziehungen zu Katar abgebrochen und dadurch den Konflikt deutlich verschärft. Der Konflikt in Jemen wird als essentielle Bedrohung der Sicherheit am Golf wahrgenommen. Katar beteiligte sich bis zu seinem Ausschluss im Juni 2017 an der von Saudi-Arabien koordinierten Militärkoalition. Katar unterhält traditionell Beziehungen zu Iran, vor allem im wirtschaftlichen Bereich. Die Einigung zum iranischen Atomprogramm wurde begrüßt. Die katarisch-iranischen Beziehungen wurden jedoch vor allem in den letzten beiden Jahren durch die unterschiedlichen Positionen im Syrien-Konflikt belastet. Infolge des saudisch-iranischen Konflikts wurden die bilateralen Beziehungen zu Iran im Januar 2016 auf Geschäftsträgerniveau herabgestuft. Die Beziehungen zu Ägypten sind seit Absetzung von Präsident Mursi deutlich abgekühlt und auf Geschäftsträgerniveau herabgestuft. Katar hatte die Regierung Mursi und die Muslimbruderschaft u.a. finanziell unterstützt. Die USA, Großbritannien und Frankreich sind die für Katar wichtigsten westlichen Partner. Sie garantieren Katars Sicherheit und sind wirtschaftlich wie militärisch stark im Land präsent. Katar ist an einer vertieften Zusammenarbeit mit Deutschland interessiert und misst auch dem Ausbau der Beziehungen zwischen Golfkooperationsrat und EU große Bedeutung bei. Weiterhin spielen Japan und Korea als Hauptabnehmer katarischen Flüssiggases eine bedeutende Rolle, ferner Indien als Wirtschaftspartner [...]. Die Beziehungen zu China und zur Türkei gewinnen stetig an Bedeutung.

Quelle: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/katar-node/-/202666>

Tabelle 13

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Beigetreten	http://www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Beigetreten	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Katar ist den wichtigsten internationalen Abkommen zur Bekämpfung des globalen Terrorismus beigetreten, hat jedoch nicht die Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklearterrorismus unterzeichnet. Die USA drängen deshalb darauf, das Katar die Konvention zum Nuklearterrorismus unterzeichnet. Das Land ist bis heute von Terroranschlägen auf eigenem Territorium verschont geblieben, was auch auf die drakonischen Überwachungsmaßnahmen zurückzuführen ist. Als es im Sommer 2015 zu einem Terroranschlag auf eine schiitische Moschee in Kuwait kam, verurteilte Katar dies streng.

Vielmehr ist Katar in den zurückliegenden Jahren immer wieder selbst als Finanzier des internationalen Terrorismus in Erscheinung getreten. Berichten zufolge hat das Emirat inzwischen Saudi-Arabien hinsichtlich der Finanzierung von Terrorgruppen zahlenmäßig überholt. Eindeutige Beweise gibt es nicht, doch wird vermutet, dass Katar Terrorgruppen wie den Islamischen Staat (IS), die Hamas, die Taliban und libysche Dschihadisten finanziell unterstützt, obwohl das Land gleichzeitig einer der wichtigsten Verbündeten für die USA bei der Bekämpfung des IS ist. Die Regierung bestreitet nachdrücklich, Gruppen wie den IS zu unterstützen und verweist stattdessen auf die zahlreiche Angriffe gegen die Terrororganisation von katarischen US-Luftwaffenstützpunkten aus, an denen sich Doha materiell und finanziell beteiligt. Doch selbst wenn die Regierung islamistisch-terroristische Gruppen nicht aktiv unterstützt und das Problem von den katarischen Behörden bewusst wenig Beachtung findet, ist davon auszugehen, dass sie einflussreichen privaten Personen finanzielle Zuwendungen an diese Gruppen schon lange stillschweigend gestattet.

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Katar ist zwar der wichtigsten Konvention zur Bekämpfung der transnationalen organisierten Kriminalität beigetreten, angesichts der prekären Lage vieler Gastarbeiter, die teilweise der Sklaverei ähnelt, überrascht es hingegen nicht, dass Doha das Zusatzprotokoll gegen den Schmuggel von Auswanderern nicht unterzeichnet hat.

Auch werden die Golfstaaten zunehmend zu einem wichtigen Dreh- und Angelpunkt für den internationalen Drogenhandel. Insbesondere lateinamerikanische Drogenkartelle nutzen die Golfregion als Umschlagplatz für den Weitertransport nach Europa oder Asien. Im Gegensatz dazu ist die Gefahr, dass Katar als Ort zur Geldwäsche genutzt wird, relativ gering. Im Basel Anti-Money Laundering Index wird Katar auf einem der hinteren Ränge geführt. In den Jahren 2007 und 2009 hat das Land entsprechende gesetzliche Regelungen und Mechanismen erlassen, um Geldwäsche besser bekämpfen zu können.

Tabelle 15

Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegzeiten von 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Katar übermittelt im Rahmen des UN-Waffenregisters keine Angaben zu Exporten und Importen von Rüstungsgütern.

Auch für das UN-Instrument zur Berichterstattung über Militärausgaben stellt die Regierung in Doha keine Informationen zur Verfügung.

Unerlaubte Wiederausfuhr

Katar hat das UN-Protokoll gegen die unerlaubte Herstellung von Feuerwaffen, deren Komponenten und Munition nicht unterzeichnet. Es sind zwar keine illegalen Ausfuhren aus dem Land direkt bekannt, dennoch häuften sich in den letzten Jahren unklare Fälle. Im Jahr 2011 wurde z. B. öffentlich, dass die katarische Regierung libysche Rebellen in ihrem Kampf gegen das damalige Regime unter Gaddafi mit Milan-Panzerabwehrraketen aus französischer Produktion ausgestattet hatte. Es ist unklar, ob die Waffen direkt aus Frankreich stammten und für den weiteren Verkauf nach Libyen vorgesehen waren oder ob sie aus ursprünglich katarischen Beständen kamen und mit Duldung der französischen Regierung weitergegeben wurden. Anderen Berichten zufolge lieferte die katarische Regierung zur Unterstützung der Rebellen belgische FN FAL Sturmgewehre nach Libyen. Es ist davon auszugehen, dass bei der ursprünglichen Lieferung keine Re-Exportgenehmigung für Doha vorlag. Ob die Weitergabe der Waffen mit dem Wissen der belgischen Regierung vollzogen wurde, ist ungewiss. Zumindest gibt die belgische Regierung offiziell an, dass sie seinerzeit keine Anfrage für einen Re-Export von der katarischen Regierung erhalten habe. Darüber hinaus habe die Regierung kein Interesse, eine mögliche illegale Weitergabe belgischer Sturmgewehre zu untersuchen. Inzwischen gibt es Berichte des UN Panel of Experts, wonach ursprünglich nach Katar gelieferte FN FAL Sturmgewehre, die von Doha aus nach Libyen geliefert wurden, in anderen Konfliktgebieten aufgetaucht sind. Laut einem Bericht der Vereinten Nationen hat Katar darüber hinaus auch ursprünglich aus Pakistan stammende Munition (7.62 x 51mm und 12.7 x 99mm) nach Libyen geliefert. Gemäß Angaben der pakistanischen Behörden verletzt die Weitergabe der Munition, die zwischen 1980 und 1982 geliefert wurde, das ursprüngliche Endnutzerzertifikat.

Vereinzelte Berichte deuten außerdem darauf hin, dass die katarische Regierung FN-6 MANPADS an syrische Rebellen geliefert bzw. zumindest ihre Unterstützung gewährt hat, damit diese Waffen syrische Rebellen erreichten. Ob für die Weitergabe der Waffen eine Ausfuhrgenehmigung der chinesischen Behörden vorlag, ist ungewiss. Die katarische Regierung dementierte diesen Vorwurf. Weitere Spekulationen besagen, dass sie Rebellengruppen, die Al-Qaida nahestehen, neben Syrien auch in Mali mit Kriegsgerät beliefert.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 11: Auszug aus dem Länderbericht des Auswärtigen Amtes (Juni 2017)

Ca. 66 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) werden direkt oder indirekt vom Öl- und Gassektor erwirtschaftet. Hiervon werden auch weiterhin starke Impulse ausgehen, allerdings ging die rasante Expansion der Gasproduktion 2011 mit dem Erreichen der maximalen Förderkapazität zu Ende. Die katarische Regierung treibt die Diversifizierung der Wirtschaft voran. Mit dem Infrastrukturprogramm „Vision Qatar 2030“ ist der Übergang zu einer wissensbasierten Gesellschaft geplant. Zukünftig sollen vor allem die geplanten Milliardeninvestitionen in den Bereichen Stadtentwicklung, Verkehrsinfrastruktur sowie Dienstleistungen das Wirtschaftswachstum stützen. Dem Bereich der Finanzdienstleistungen wird besondere Bedeutung zugemessen. Die großen katarischen Unternehmungen befinden sich in überwiegend staatlicher Hand, wobei angesichts der engen Verflechtung zwischen Staat und Herrscherfamilie eine Trennung zwischen staatlich und privat nicht immer möglich ist. Wie sich die aktuelle Krise im Verhältnis zwischen Katar und seinen Nachbarn Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Bahrain sowie weiteren Staaten, darunter Ägypten, und die damit verbundenen Sperrungen des Land-, Luft- und Seeraums auf die katarische Wirtschaft auswirken werden, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abzusehen. Katar und seine Nachbarn sind wirtschaftlich eng miteinander verknüpft, Katar ist zudem von Importen, z.B. im Bereich Nahrungsmittel abhängig. Bereits vor der aktuellen Krise am Golf hat der Ölpreisverfall die Volkswirtschaften der Länder des Golfkooperationsrats und damit auch Katar unter Druck gesetzt. Vor dem Hintergrund der Absenkung des erwarteten Durchschnittspreises für Rohöl war der Haushalt Katars 2016 zum ersten Mal in 15 Jahren defizitär. Gleichwohl verfügt Katar über erhebliche Finanzreserven und hält – auch vor dem Hintergrund der Ausrichtung der Fußball-WM 2022 – seine Investitionen in Infrastruktur (Straßenbau, Kanalisation, Eisenbahn, Flughafen und Hafenausbau) im Wesentlichen aufrecht. Die geplante und angestrebte Durchführung dieser Vorhaben leidet oft an einem schwerfälligen Entscheidungsprozess der katarischen öffentlichen Auftraggeber. Das Wirtschaftswachstum fiel 2016 mit geschätzten 3,4 Prozent (IWF) geringer aus, als in den Vorjahren (5-8%, 2015 3,7%). Rund 88 Prozent der gegenwärtig rund 2,6 Millionen Einwohner Katars sind nicht katarischer Staatsangehörigkeit; die große Mehrzahl davon verrichtet Dienstleistungen im Bau- und produzierenden Gewerbe, bei sehr niedrigem Lohnniveau und z.T. unter prekären Bedingungen. Die zahlenmäßig stärksten Gruppen ausländischer Arbeitnehmer kommen aus Indien, Nepal und den Philippinen. Das Rechtssystem hat noch erhebliche Defizite. Gerade für nicht-katarische Akteure ist eine gerichtlich durchsetzbare Rechtssicherheit, beispielsweise bei ausstehenden Forderungen, teilweise nur bedingt gegeben. Arbeitslosigkeit besteht praktisch nicht; ausländische Arbeitskräfte werden weiterhin benötigt. Die Attraktivität des Standortes Katar leidet jedoch unter hohen Preisen und einem diesen oft nicht entsprechenden Lohnniveau.

Quelle: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/ausussenpolitik/laender/katar-node/-/202282>

Tabelle 16

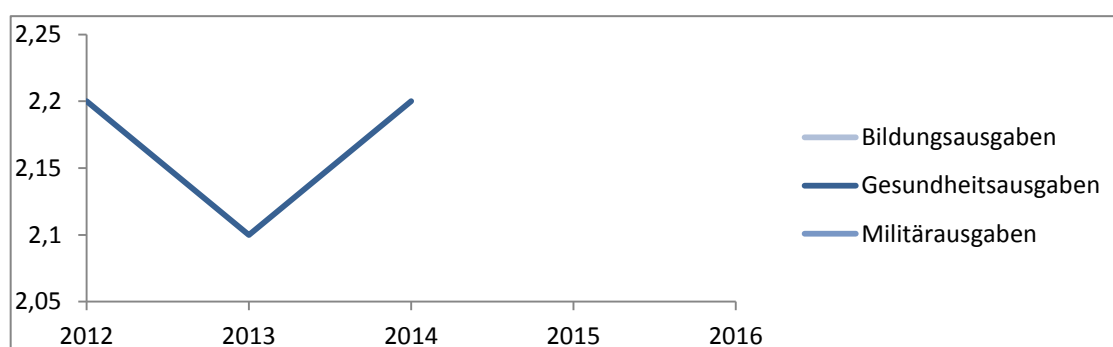
Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP (in%)

	2012	2013	2014	2015	2016
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	-	-	-	-	-
Militärausgaben/BIP	-	-	-	-	-
Gesundheitsausgaben/BIP	2,2	2,1	2,2	-	-
Bildungsausgaben/BIP	-	-	-	-	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2016 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP in Prozent

Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2012	2013	2014	2015	2016
Auslandsverschuldung	-	-	-	-	-
Anteil am BIP (in Prozent)	-	-	-	-	-

	2012	2013	2014	2015	2016
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)*	-	-	-	-	-
Net ODA (% of GNI)*	-	-	-	-	-
Deutsche ODA Zahlungen*	-	-	-	-	-

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2015) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2015); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2015).
Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2012	2013	2014	2015	2016
Militarisierungswert	616	614	-	-	-
Index-Platzierung	60	59	-	-	-

Tabelle 19

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

		2012	2013	2014	2015	2016
Bahrain	Militarisierungswert	746	746	740	743	743
	Index-Platzierung	15	15	15	15	15
Saudi-Arabien	Militarisierungswert	732	731	738	749	737
	Index-Platzierung	18	17	16	14	17
VAE	Militarisierungswert	696	711	715	714	713
	Index-Platzierung	30	24	22	22	21

Quelle: Global Militarization Index (GMI) – Bonn International Center for Conversion (BICC)
Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2017.
<http://gmi.bicc.de/index.php?page=ranking-table>

Tabelle 20

Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent

		2012	2013	2014	2015	2016
Bahrain	Militärausgaben (absolut)	1277	1409	1502	1442	1386
	Militärausgaben/BIP	3,9	4,1	4,4	4,7	4,8
Saudi-Arabien	Militärausgaben (absolut)	61352	70313	82527	87186	61358
	Militärausgaben/BIP	7,7	9,0	10,7	13,5	10,4
VAE	Militärausgaben (absolut)	20486	25094	23681	-	-
	Militärausgaben/BIP	5,1	6,1	5,7	-	-

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2015). Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

Human Development Index (HDI)

	2011	2012	2013	2014	2015
HDI-Wert	0.843	0.850	0.851	0,85	0,856

Quelle: <http://hdrstats.undp.org/en/indicators/103106.html>. Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen. Aufgrund veränderter Berechnungsmethoden sowie unterschiedlicher Verfügbarkeit von Daten ist das Jahr 2011 nicht mit den Jahren zuvor vergleichbar.

Kommentar

Katar gehört mit einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen von etwa 88.000 US-Dollar zu den reichsten Ländern der Welt. Durch die Öl- und Gaseinnahmen verfügt die Regierung über große finanzielle Spielräume. Die positiven Wachstumsraten erlauben es, umfassende Investitionen in die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung zu tätigen. Die Militärausgaben sind im Vergleich zu verschiedenen anderen Ländern der Region moderat. Basisgesundheitsleistungen und Notfallversorgung sind für alle Einwohner umsonst, während direkter Zugang zu medizinischer Versorgung oft nur über eine private Zusatzversicherung gewährleistet ist. Zwar verfügt Katar über eine hochmoderne medizinische Versorgung und auch die Anzahl von Krankenschwestern und Ärzten hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten in absoluten Zahlen vervielfacht; im Verhältnis zur Bevölkerungszahl stehen jedoch nur sehr wenige Krankenhausbetten zur Verfügung. Die Anzahl der Krankenschwestern und Ärzte ist in jüngster Zeit rückläufig. Die Regierung plant eine grundsätzliche und tiefgreifende Reform des Gesundheitssystems, die auch den Bau neuer Krankenhäuser und Gesundheitszentren vorsieht, damit die Kapazitäten zur Versorgung deutlich erhöht werden. Weiterhin wird die Gründung einer bindenden Krankenversicherung angestrebt, die bis 2015 schrittweise die Finanzierung der medi-

zinischen Grundversorgung (Basic Health Services) der einheimischen Bevölkerung, der Ausländer sowie aller Besucher Katars übernahm.

Das Land verfügt insgesamt über ein gutes Bildungssystem, auch wenn es stellenweise an Qualität mangelt. Der Zugang zu Bildung und der Transport zu den Schulen sind für alle Schüler kostenlos. Zusätzlich besteht eine gute Ausstattung mit Lehrmitteln. Das Bildungssystem hat deutlich von den hohen Einnahmen aus dem Rohstoffhandel profitiert. Die Regierung in Doha hat weitreichende Investitionen in das Bildungssystem und seine grundlegende Reform angekündigt, da sie eine gute Bildung zum Fundament für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes erklärt hat. Bislang waren die Ausgaben für Bildung verhältnismäßig gering und Lehrer erhielten nur sehr niedrige Gehälter, was sich negativ auf die Qualität der Ausbildung auswirkte. Dennoch ist Katar im Allgemeinen schulisch gut erschlossen. Für Nicht-Kataris gibt es in Doha eine wachsende Zahl ausländischer Privatschulen, die zwar grundsätzlich der schulischen Betreuung der jeweiligen Ausländergruppen dienen, jedoch auch von Kindern dritter Herkunftsländer und gut situerter katarischer Familien besucht werden.